

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Anfrage

Vorlagennummer: **ANF/1416/2018**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 01.11.2018

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Ursula Franz

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Zur Kenntnisnahme

Betreff:

Anfrage gem. § 31 GO der Frau Franz vom 31.10.2018 - Abschaffung der Straßenbeitragssatzung -

Anfrage:

Aufgrund der Antragsbegründung ergeben sich folgende Fragen an den Magistrat der Universitätsstadt Gießen:

- „1. Verfügt die Stadt Gießen und für ihre Umlandgemeinden über ein Straßenkataster?“
2. In welcher Art und Weise wird eine Prioritätenliste für die Sanierung kommunaler Straßen geführt.
3. Werden jährlich die Kosten für die zu erneuernden Straßen in den Haushalt eingestellt? Wenn ja, in welcher Form?
4. Wie hoch sind die jährlichen Ausgaben für Straßeninstandhaltung und -reparaturen in Gießen, die nicht auf die Anlieger umgelegt werden dürfen?
5. Welche Wohnstraßen wurden seit 2001 (seit dem Inkrafttreten der Straßenbeitragssatzung) „grundsaniert“?
6. Wie hoch waren die Kosten für die einzelnen Sanierungsmaßnahmen?“

Wir bitten um Beantwortung der Fragen in schriftlicher Form.